

# Orwell '85

## Zur innenpolitischen Entwicklung der USA

Nach ihrer Ansprache an den Republikanischen Parteikongreß in Dallas grüßt Nancy Reagan das Fernsehbild des Präsidenten, der den Vorgängen in seinem Hotel zusah.



### Die Bedeutung Reagans

Eine Karikatur in der »International Herald Tribune« (IHT) vom 24. 10. 1984, also kurz vor den Wahlen, zeigt einen Mann in der Tür eines Mietshauses, hemdsärmelig, vielleicht Arbeiter am Feierabend, hinter ihm seine kleine Tochter, auf der Straße vor ihm einer, der einen Fragebogen ausfüllt. Dieser wiederholt, was er anscheinend gerade von dem Mann in der Tür gehört hat: »Sie meinen, er hat schlecht regiert; seine Innenpolitik taugt nichts; Sie glauben nicht, was er sagt; er könnte uns in den Krieg führen; und Sie werden für ihn stimmen — richtig?«

Die in dieser Karikatur sich ausdrückende Verblüffung darüber, daß Reagan scheinbar unberührt von den Widrigkeiten der Alltagspolitik — z. B. dem Libanon-Debakel, dem hohen Haushaltsdefizit, den Skandalen in seiner Regierungsmannschaft — die Mehrzahl der Wähler für sich gewinnt, fand

sich zur Zeit der Wahlen in vielen Kommentaren der amerikanischen Presse.

Die Erklärung für diesen Widerspruch suchten die bürgerlichen Kommentatoren in der Person Reagans zu finden. Je nach politischem Standort reichte das von »Führerschaft« (am häufigsten von bundesrepublikanischen Kommentatoren aufgegriffen) über den »Herrscher des Bildschirms« bis zu »Hollywood« und »Hokuspokus«. Als mittlerweile schon stehender Beiname für Reagan taucht immer wieder »The great communicator« auf, »der große Kommunikator«, also derjenige, der via Fernsehen und Radio seine Botschaften am besten an den Mann bringen kann.

An diesem Punkt pflegen dann die Erklärungen zu enden, wenn es um das »Phänomen Reagan« geht. Wenn aber jemand dank seiner persönlichen Fähigkeiten wie: führen zu können und Botschaften zu vermitteln, eine derart zentrale Rolle in einer Gesellschaft einnehmen kann, dann muß diese Gesell-

schaft auch ein Bedürfnis nach diesen Fähigkeiten haben. Das »Phänomen Reagan« ist deshalb nicht aus seiner Person, sondern aus der Struktur und Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft zu erklären.

Gesellschaften und Staatsformen scheinen in Krisenzeiten wieder zu jenen Strukturen, Kräften und Ideologien zurückzukehren, aus denen sie entstanden sind. Die Geschichte der amerikanischen Nation ist vor allem eine Geschichte der europäischen Emigranten, die den feudalen Zwängen und elenden Bedingungen ihrer europäischen Heimatländer zu entfliehen suchten. Ihre Denkweise war bürgerlich, und sie fanden einen Kontinent vor mit scheinbar unbegrenzter »Freiheit«, d.h. vor allem mit scheinbar unbegrenztem Reichtum an fruchtbarem Land, Bodenschätzen usw., das niemand »gehörte«; die Indianer, die keine bürgerlichen Rechtstitel vorweisen konnten, wurden deshalb kurzerhand als Nichtmenschen wie Tiere vertrieben und ausgerottet. So entstand bereits unter der englischen Kolonialherrschaft eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht aus der Ablösung aus feudalen Verhältnissen, sondern quasi »rein« aus einem mehr oder weniger zusammengewürfelten Haufen von Individuen und Gruppen, in dem es vor allem ein Prinzip gab: der Stärkere setzt sich durch.

Ein Gemeinwesen aus einem Haufen widerstrebender Einzelinteressen produziert als Kehrseite immer ein starkes Bedürfnis nach Führerschaft. Wollen die ihre Einzel- und Gruppeninteressen verfolgenden Individuen sich nicht dauernd gegenseitig zerfleischen, müssen sie einen der ihren zum Führer machen, der sie alle dazu zwingt, gewisse Regeln einzuhalten. Wer sich einmal einen amerikanischen Western ansieht — die amerikanische Mythologie sozusagen —, wird immer wieder diesen Konflikt zwischen der in Anarchie umschlagenden individuellen Freiheit und der starken Führerperson bzw. dem Vertreter des Gesetzes dargestellt finden.

Die Vorstellung, daß das individuelle Streben nach Glück, das in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung als Menschenrecht verankert ist, ganz von alleine zu einer funktionierenden Gesellschaftsordnung führt, brach spätestens in der Weltwirtschaftskrise 1929 und der nachfolgenden Depression zusammen. Im Gefolge dieses Schocks entwickelte der Demokrat Roosevelt den »New Deal«, der darin bestand, mit Hilfe von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, Ausgabenprogrammen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw. die schlimmsten Folgen der Krise zu lindern und dem anarchischen Selbstlauf der Wirtschaft gewisse Regeln zu verpassen. Diese Politik Roosevelts, die dem Staat eine wichtige Rolle in der Gesellschaft zuschrieb, setzte sich auch nach dem Krieg unter den verschiedenen Präsidenten fort, die — auf der Grundlage der Kriegsgewinne und des Nachkriegsbooms — die staatlichen Programme immer mehr ausweiteten, so daß es schließlich kaum eine Bevölkerungsgruppe mehr gab, die nicht in der einen oder anderen Form von diesen Programmen profitiert hätten.

Besonders müssen hier die von dem Demokraten Johnson im Jahre 1965 eingebrachten Sozialgesetze erwähnt werden, die gemeinhin mit seinem Schlagwort von der »Great Society« (»Große Gesellschaft«, in der jeder einen Platz haben soll) verbunden sind. Unter Johnson wurden u.a. eingeführt eine staatliche Krankenversicherung für alte Leute (»Medicare«), medizinische Betreuung für Arme (»Medicaid«), Universitätsstipendien, Wohngeld, Ausweitung des Wahlrechts für Schwarze, alles Maßnahmen, die in der Folgezeit fester Bestandteil der amerikanischen Gesellschaft wurden.

Diese »große Gesellschaft«, zusammengehalten vom Staat, der einen gewissen Teil des gesellschaftlichen Reichtums aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Lage umverteilen konnte, zerbrach immer mehr im Gefolge der ab 1974 einsetzenden Wirtschaftskrise. Die in der Gesellschaft existierenden, mühsam gekitteten Widersprüche zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen (Iren, Polen, Italiener, Schwarze, Spanier...) und -klassen brachen wieder offen aus, die Gesellschaft fing wieder an, in das zu zerfallen, was sie



*»Sie meinen, er hat schlecht regiert; seine Innenpolitik taugt nichts; Sie glauben ihm nicht; er könnte uns in den Krieg führen; und Sie werden für ihn stimmen — richtig?«*

immer gewesen war, eine Ansammlung von Einzel- und Gruppeninteressen. Jüngstes Beispiel ist jetzt die wieder einsetzende Rassentrennung in manchen Städten des Südens.

In dieser Situation tritt nun Reagan auf und verkündet seine »einfachen Wahrheiten«: Glaube an Gott, Pioniergeist, freies Unternehmertum, weniger Staat, das Auserwähltsein der amerikanischen Nation von der göttlichen Vorsehung, der Kommunismus als Vertreter des Bösen auf Erden. Zur Illustration diese »einfachen Wahrheiten« einige Auszüge aus Reagans Rede in der Wahlkampf nach Bekanntwerden des Ergebnisses.

*»Wir begannen vor fast 20 Jahren und sagten damals, daß wir hier in Kalifornien einen Steppenbrand entzünden könnten, welcher mit der Stärke unserer Verpflichtung zur Freiheit und zu den amerikanischen Idealen brennen würde. Und wir fingen an, eine Botschaft in jede Ecke der Nation zu tragen, eine einfache Botschaft; die Botschaft heißt: Hier in Amerika regieren die Leute.*

*Und deshalb sind wir heute nacht hier. Dieser Wahlsieg gehört Ihnen und den Prinzipien, zu denen Sie stehen. Prinzipien, wie sie von hervorragenden und tapferen Patrioten vor mehr als 200 Jahren aufgestellt wurden. Sie setzten den Kurs von Freiheit und Hoffnung, der unser Land zu etwas besonderem in der Welt macht... Als wir vor 4 Jahren den Sieg hier in demselben Raum feierten, stand unser Land vor einigen tiefen und ernststen Problemen. Aber statt gemeinsam zu jammern, rollten wir die Ärmel hoch und begannen zusammen zu arbeiten...*

*Wir sagten, wir würden die traditionellen Werte in unserer Gesellschaft wiederherstellen, und haben damit begonnen... Wir sind wieder zusammengekommen, wir sind wieder vereint,*

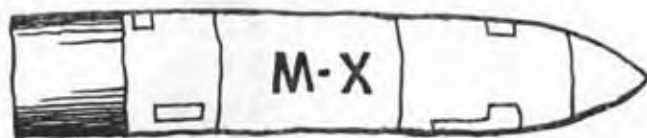
**Bellage zur  
Arbeiterpolitik Nr. 4  
Juni 1985**

**Arbeiterpolitik**  
INFORMATIONSBRIEFE DER  
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
F. Lübke - Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15  
Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20



KONSTRUKTIVES ENGAGEMENT



FRIEDENSBEWÄHRER

und nun laßt uns anfangen, gemeinsam aufzubauen und jenen Steppenbrand am Leben halten, und laßt uns niemals damit aufhören, jene Gesellschaft zu schaffen, die die Träume jedes einzelnen sich verwirklichen läßt zu einem Leben nicht endender Hoffnung.» (IHT, 8. 11. 1984)

In einer Gesellschaft, in der der soziale Kitt zerbröckelt, in der jeder des anderen Konkurrent ist, in der das Fernsehen zunehmend zu dem einzigen wird, was alle gemeinsam haben, wird der »Beherrscher des Bildschirms«, »der große Kommunikator«, zum »Großen Bruder«, dem die einzelnen — wie kleine Kinder in der dunklen Nacht — blind vertrauen.

### Die »Reagansche Revolution«

Die von vielen mit diesem Titel bezeichnete Regierungspolitik Reagans (z. B. von der FAZ am 9. 2. 1985) hat natürlich mit Revolution nichts zu tun. Daß die bürgerlichen Kommentatoren auf das Wort »Revolution« kommen, liegt daran, daß sie von dem, was es bedeutet — »radikale Umwälzung« — das Radikale nehmen und die Umwälzung weglassen. »Radikal« ist die Regierungspolitik Reagans tatsächlich in gewissen Aspekten, was nämlich den rücksichtslosen Abbau des sozialen Netzes und die Aufrüstung betrifft. Dabei läuft alles unter zwei propagandistischen Schlagworten: »weniger Staat« und »mehr Sicherheit«. Gerade was die Verkleidung der eigenen Politik mit Schlagworten angeht, verwirklicht Reagan ironischerweise das, was Orwell in seinem Roman »1984« dem »Großen Bruder« (= Stalin) andichten wollte, nämlich die propagandistische Verkehrung der Dinge in ihr Gegenteil.

So werden zum Beispiel unter der Losung »weniger Staat« viele Subventionen und Vergünstigungen abgebaut — für schwache Bevölkerungsgruppen. Z. B. Programme für Schulspeisung, Studienbeihilfen, medizinische Betreuung für Arme, Zuschüsse für öffentliche Verkehrsmittel, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung usw. usf. Hier bedeutet »weniger Staat« gleichzeitig weniger Geld und häufig mehr Armut. Gleichzeitig werden den Unternehmern Steuern in einem Gesamtumfang von ca. 20% erlassen. Für diese bedeutet »weniger Staat« mehr Profit.

Unter der Oberfläche läuft die Reagansche Politik aber auf mehr Staat hinaus. Da sind zum einen die zunehmenden Rüstungsaufträge an die Privatindustrie, die sich unter Reagan fast verdoppelt haben; dann die Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger durch Wiedereinführung des Schul-

gebets (in einigen Bundesstaaten schon durchgesetzt) und die Bekämpfung der Abtreibung; die »Bekämpfung« der sozialen Probleme durch schärfere Gesetze, mehr Polizei und mehr Gefängnisse, Zunahme der vollzogenen Todesurteile; die Ausdehnung der Befugnisse für die Geheimdienste; die Verschärfung der Exportkontrollen für Industrieprodukte in »nicht befreundete« Länder des Ostblocks und Nicaragua; die Unterbindung des wissenschaftlichen Austausches mit den gleichen Ländern. Und vor allem natürlich die gewaltige Ausdehnung des Haushaltsdefizits um über das Dreifache seit Reagans Amtsantritt 1981, was einer Zunahme des Haushaltsdefizits auf jeden einzelnen Bürger umgerechnet von etwa 300 auf 1000 \$ entspricht. Die gesamte Staatsschuld beträgt mittlerweile mehr als 8000 \$ pro Kopf. Wenn im Moment der einzelne Bürger auch davon nichts spüren mag, da das Haushaltsdefizit vorrangig von ausländischen Gläubigern finanziert wird, so ist doch klar, daß irgendwann einmal die Rechnung präsentiert werden wird.

Der ganzen Propaganda des »weniger Staat« setzt Reagan noch dadurch die Krone auf, daß er bei Gelegenheit davon spricht, in den Kongreß eine Vorlage für einen Zusatz zur amerikanischen Verfassung einzubringen, der die Regierung dazu zwingen soll, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen!

Die zweite Hauptparole heißt »mehr Sicherheit«, ist gekoppelt mit Patriotismus und Nationalismus, und meint natürlich mehr Aufrüstung, womit die amerikanischen Bürger angeblich sicherer werden sollen vor russischen Raketen. In diesem Zusammenhang tauft Reagan dann die verschiedenen Aufrüstungsprogramme entsprechend: die MX-Rakete mit 10 Atomsprengköpfen, um die er zur Zeit im Kongreß wirbt, nennt er »peace-keeper« (Friedensbewahrer), das »Krieg der Sterne«-Programm heißt bei ihm »Strategische Verteidigungsinitiative« usw.

Diese angebliche »Sicherheit« der Bürger nach außen entspricht aber einer zunehmenden Unsicherheit der Bürger im Innern. Da ist zum einen die soziale Unsicherheit durch Firmenschließungen, zeitweilige Entlassungen wegen Auftragsmangel, Bedrohung des Arbeitsplatzes; dann die zunehmende Angst um die eigenen Ersparnisse angesichts der immer häufiger werdenden Zusammenbrüche von Banken und Sparkassen, alleine 1984 »verschwanden« 79 Geldinstitute, die höchste Zahl seit den dreißiger Jahren (ein Beispiel war im März d. J. der Ansturm der Sparer auf 71 Banken in



GRÜNDUNGSVÄTER



WIRTSCHAFTS FLÜCHTLINGE



Ohio, nachdem eine Sparkasse zahlungsunfähig wurde, woraufhin der Gouverneur Bankfeiertage ausrufen mußte, um die Zahlungsunfähigkeit dieser Banken zu verhindern. Vergleichbares geschah nun Mitte Mai in Maryland, wo auf bloße Gerüchte über die Umbesetzung eines Vorstands ein Run auf 2 Sparkassen einsetzte; dann natürlich die wachsende Kriminalität in den Städten (bezeichnend war der Fall des U-Bahn-Schützen Bruno Götz in New-York, ein biederer Angestellter, der im Dezember vier ihn angeblich bedrohende junge Farbige niederschloß, was einen derartigen Sympathiesturm in großen Teilen der Bevölkerung für ihn auslöste, daß die Staatsanwaltschaft zunächst lediglich eine Anklage wegen unerlaubten Waffenbesitzes erhob.). Diese wachsende Unsicherheit im Innern wird vielleicht am besten widergespiegelt in der Welle der Horror-Filme und -romane, die einen großen Teil des Kino- und Buchmarktes einnehmen. Ein in Europa so gut wie unbekannter Autor, Stephen King, steht z. B. seit Jahren mit seinen Horrormen in regelmäßigen Abständen auf Platz 1 der Bestsellerliste. Themen seiner Romane sind der alltägliche Horror in den kleinbürgerlichen Schichten, angefangen von der Zerstörung der Kleinstadtstrukturen durch die Konzerne und Supermarktketten («Vampire») über geheime Drogenversuche des FBI bis zu kriegslüsternen Präsidentschaftskandidaten.

### Die Kehrseite der Reaganschen »Revolution«: wachsende Armut und Lohnabbau

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Jahren 83/84 nahm die Armut in den Vereinigten Staaten zu, d. h. immer mehr Menschen fallen unter die statistische »Armutsgrenze«, u. a. eine Folge des Sozialabbaus gerade für die untersten Schichten. Die regierungsoffizielle Armutsgrenze lag 1983 für eine vierköpfige Familie in der Stadt bei einem jährlichen Einkommen von 10.178 \$. Als Mindesteinkommen für einen »niederen« Lebensstandard gilt allerdings 15.523 \$, was bedeutet, daß die offizielle Armutsgrenze eine Art Existenzminimum darstellt.

Die offizielle Armut hatte 1960 noch bei 22% der Bevölkerung gelegen, war dann — vor allem nach Johnsons Programmen der »Großen Gesellschaft« — kontinuierlich gesunken, in den siebziger Jahren bis auf 11,1%. 1980 waren es dann wieder 13%, 1981 — Reagans 1. Amtsjahr — stieg diese Zahl auf 14%, 1983 waren es bereits 15,2% oder 35,3 Millionen Amerikaner. Den größten Anteil stellen dabei die Schwarzen, von denen mehr als 1 Drittel als arm gelten, gefolgt von den Hispaniern (mehr als 1 Viertel), von den Weißen war mehr als jeder Zehnte arm. Von diesen 35,3 Millionen Armen waren 2 Millionen voll beschäftigt!

Am schlimmsten betroffen sind die großen Städte des Nordostens: Chicago, Detroit, New York, Philadelphia usw. Aus Chicago berichtet die »International Herald Tribune« am 23. 11. 1984, daß 887 929 Menschen akut vom Hunger bedroht sind, das sind 29,5% der Bevölkerung. Der Bürgermeister erklärt: »25 000 Chicagoer existieren wie die Unberührbaren von Kalkutta, schlafen auf der Straße und in verlassenen Autos.« In den Krankenhäusern häufen sich die Fälle von Unterernährung, Lungentuberkulose (die mit Hunger in Verbindung gebracht wird) nimmt wieder zu, die Kindersterblichkeit in Chicago liegt 60% über dem Landesdurchschnitt.

Daneben steigt die Zahl der Obdachlosen, die irgendwo zwischen 500 000 und 2 Mio angenommen wird. Alleine in New York sind 36 000 Erwachsene und 20 000 Kinder obdachlos. Die Stadtverwaltung von Phoenix/Arizona tut sich im Kampf gegen die Obdachlosigkeit besonders hervor: alle Heime und Asyle wurden bis auf eines geschlossen; ein Verbot wurde ausgesprochen, das das Hinlegen in der Öffentlichkeit mit Strafe bedroht; der Abfall wurde zum öffentlichen Eigentum erklärt, um zu verhindern, daß nach Eßbarem gesucht wird. »Wohlmeinende« Bürger schlugen vor, den Abfall mit Kerosin zu übergießen, um ihn ungenießbar zu machen.

Aus Kalifornien wird von einer versteckten Form der Obdachlosigkeit berichtet: alleine in diesem Bundesstaat wird die Zahl derjenigen auf eine Million geschätzt, die in billigen Hotels leben, weil sie sich keine Mitwohnung leisten können.

Hierzu paßt ein Bericht aus der »Int. Herald Tribune« vom 28. 2. 1984: Washington, Abendgala für die Superreichen, Eintritt 5000 \$, als besondere Aufmerksamkeit für die Gäste sind die Toilettenschüsseln mit frischen Nelken ausgelegt, die nach jeder Benutzung erneuert werden.

Ein paar Anmerkungen sind noch zu machen zu den 7,7 Millionen neuen Arbeitsplätzen, die die amerikanische Wirtschaft seit 1980 angeblich neu geschaffen hat und wovon die bürgerliche Presse hierzulande nicht müde wird zu schwärmen.

Erstens. Es gibt mehr Arbeitsplätze, trotzdem lag die Arbeitslosenquote 1984 genauso hoch wie 1981, als Reagan sein Amt antrat, nämlich bei 7,4 %. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze haben also lediglich — zahlenmäßig gesehen — die durch die Bevölkerungsentwicklung neu hinzugekommenen Arbeitskräfte aufgesogen. Die Arbeitslosigkeit ist besonders unter Jugendlichen hoch, im September 1984 lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 19,3% und damit höher als 1980. Von den schwarzen Erwachsenen sind sogar 46% ohne Arbeit.

Zweitens. Die in der Rezession 81/82 verlorengegangenen Arbeitsplätze sind lediglich zu 2/3 wieder besetzt. Viele der neuen Arbeitsplätze wurden im sogenannten Dienstleistungsbereich geschaffen (Einzel- und Großhandel, Gaststätten, Hotels, Verwaltung, Banken, Versicherung, Telefon, Transport usw.). Gerade in diesen Bereichen der Kleinfirmen und Gaststättenketten liegen die niedrig bezahlten Jobs, existiert die größte Ausbeutung, gibt es kaum gewerkschaftliche Interessenvertretung, werden Sozialabgaben nicht gezahlt. Hierzulande sind ja die »amerikanischen« Entlohnungs- und Arbeitgebermethoden in den McDonalds-Restaurants ein gutes Beispiel dafür.

Drittens. In vielen Betrieben, auch gewerkschaftlich organisierten, setzt sich die sogenannte »gespaltene Lohnskala« durch, nach der neu eingestellte Arbeitskräfte (oder auch wieder eingestellte nach früheren Entlassungen) weniger — in manchen Fällen bis zu 50% — als die fest Beschäftigten bekommen. Weiterhin: Betriebe können seit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom Februar '84 Tarifverträge kündigen, Löhne und Sonderleistungen kürzen, wenn sie gerichtlichen Gläubigerschutz beantragen, um einen Konkurs abzuwenden. In diesem Zusammenhang



müssen auch noch die vielen freiwilligen Lohnverzichte und Gehaltskürzungen erwähnt werden, die Gewerkschaften und Belegschaften akzeptieren, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

Als Fazit läßt sich sagen, daß die Bourgeoisie unter der politischen Rückendeckung der Reagan-Regierung die hohe Arbeitslosigkeit zu einem umfassenden Angriff auf das Lohnniveau der Arbeiterklasse nutzen konnte und nutzt. Das belegen auch bürgerliche Statistiken. So hat (IHT vom 10. 10. 1984) das »obere« Fünftel der amerikanischen Gesellschaft von 1980—84 einen durchschnittlichen Einkommensanstieg von 8,7% zu verzeichnen, das mittlere blieb etwa gleich, während das unterste Fünftel einen Einkommensverlust von 7,6% erlitt. Auch hier waren besonders die Jungen betroffen: Arbeiterhaushalte unter 25 Jahren verloren in diesem Zeitraum 10%. Die Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft beschleunigt sich also rapide.

Eine ähnliche Entwicklung findet übrigens auch in der Landwirtschaft statt, die in den 70er Jahren aufgrund des günstigen Dollarkurses und der Exporte v. a. in die Sowjetunion ihre Anbauflächen vergrößerte, die Produktion durch Maschinen, Düngemittel usw. ausweitete und sich dabei natürlich verschuldete. In den letzten zwei Jahren hat sich die Entwicklung umgekehrt, die Schulden sind nicht mehr zu bezahlen, so daß ein regelrechtes Farmsterben eingesetzt hat. Betroffen davon sind vor allem die Familienbetriebe, die noch etwa 1/3 der insgesamt 2,4 Mio. Farmbetriebe ausmachen, aber 2/3 der auf die Landwirtschaft fallenden Schulden tragen. Im ersten Quartal dieses Jahres mußten täglich im Schnitt 283 Farmbetriebe unter den Hammer.

### Die Perspektivlosigkeit der Demokratischen Partei

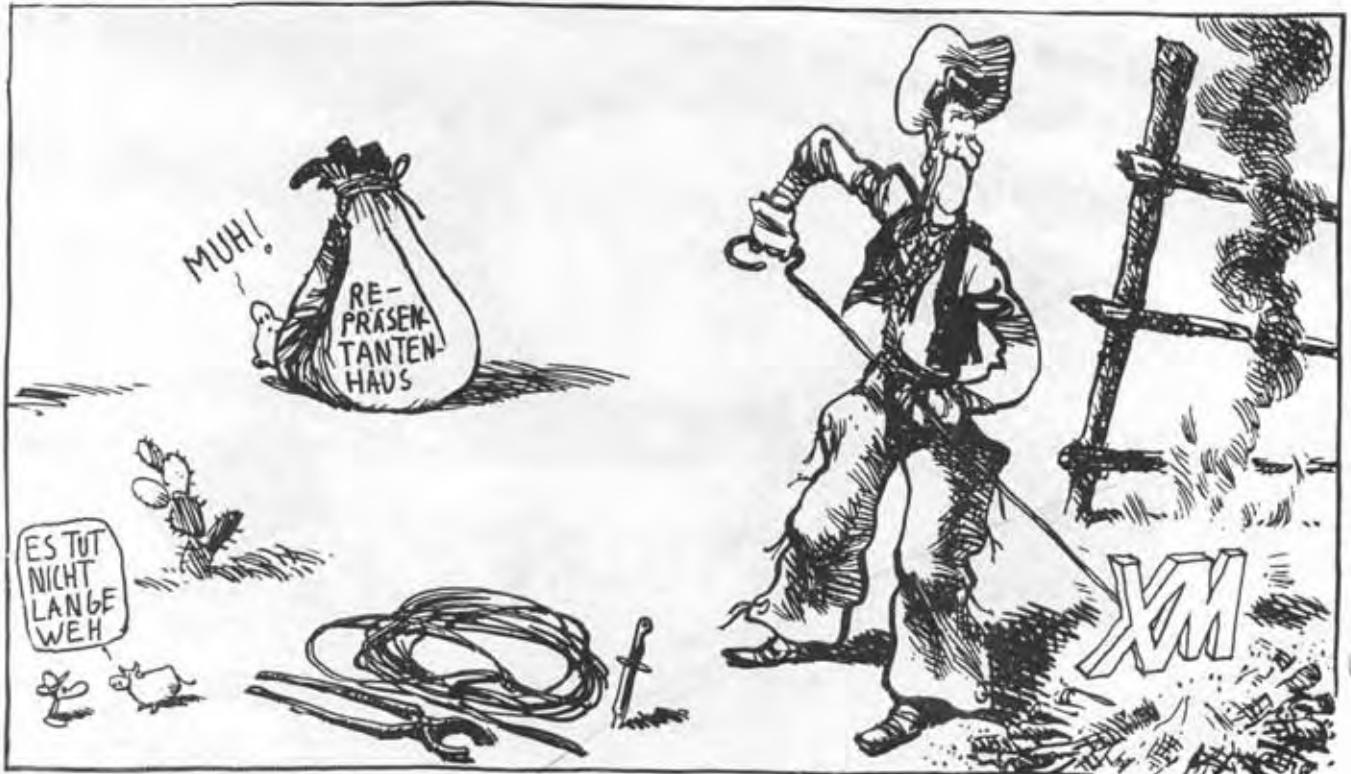
Die Wahlerfolge der demokratischen Partei seit den 60er Jahren beruhten auf einer sogenannten »Regenbogenkoalition«. Damit ist der Versuch der Demokraten gemeint, im Innern eine Politik für die sogenannten »Minderheiten« und »Sondergruppen« über die in den Gewerkschaften organisierten weißen Arbeiter hinaus zu machen, d. h. vor allem die rassischen Minderheiten (»Regenbogen«), aber auch die Frauen, Armen usw. dadurch an sich zu binden, daß sie die verschiedensten Programme für sie auflegten, sie in die Gesellschaft zu integrieren versuchten, indem sie sich zum Sachwalter ihrer Interessen aufschwangen. Grundlage dafür war eine funktionierende Wirtschaft, die die öffentlichen Steuersäcke füllte. Spätestens unter der Präsidentschaft von Carter schwand diese Grundlage zusehends dahin, beginnend mit der 1974 einsetzenden Wirtschaftskrise. Die staatliche

Ausgabenpolitik wirkte zunehmend inflationär. Ende der 70er Jahre betrug die Inflationsrate über 10%, der Dollar war auf den Devisenmärkten auf historische Tiefststände gesunken — die Politik der staatlichen Umverteilung im Dienste der Integration aller sozialen Schichten war an ihrem Ende angelangt. Hier setzte auch die Reagansche Propaganda von »zu viel Staat« im Wahlkampf 1980 an. Das nun von Reagan eingeleitete Programm zur Sanierung der Kapitalprofite auf Kosten der sozial schwachen Bevölkerungsschichten und der gleichzeitig betriebenen Aufrüstung trifft die Demokraten ohne eigene Alternative an, weil auch für sie die kapitalistischen Profite die Richtschnur sind.

Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Mondale versuchte noch einmal, für die Wahl die alte »Regenbogenkoalition« zu mobilisieren. Aber schon im Vorfeld der Wahlen, bei der Aufstellung des demokratischen Bewerbers, konnte Mondale nur knapp den Mitbewerber Hart aus Colorado besiegen. Dessen Programm war nun eine radikale Absage an die Konzepte der »Regenbogenkoalition« gewesen zugunsten einer Orientierung auf die städtischen Mittelschichten, Facharbeiter, Angestellten, Kleinunternehmer usw., die aufstiegs- und leistungsorientiert an dem von Reagan entfachten Aufschwung teilhaben wollen, in manchen innen- und außenpolitischen Fragen (z. B. Aufrüstung) mit Reagan aber nicht übereinstimmen.

Das endgültige Wahlprogramm der Demokraten bildete dann einen Kompromiß aus den Vorstellungen der beiden Lager. Insgesamt waren in vielen Zügen nur graduelle Unterschiede zum Reagan-Programm enthalten (z. B. Anstieg der Militärausgaben nur 4% statt 7% nach Inflation; mit Nicaragua erst Verhandlungen, dann Blockade, statt direkter Unterstützung der Contras, eine Position, die Reagan mit seinem auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn ausgesprochenen Handelsembargo praktisch übernommen hat). Größere Unterschiede waren lediglich bei der Behandlung des Haushaltsdefizits (Steuererhöhungen sollten hier helfen) und vor allem bei Sozialausgaben zu erkennen, die lediglich »eingefroren« und nicht abgebaut werden sollten.

Die Analyse des Wahlergebnisses (die mit aller Vorsicht zu betrachten ist, da nur 53% überhaupt gewählt haben) zeigt denn auch, daß vor allem Schwarze und Hispanier Mondale wählten, während die weiße Bevölkerung mit Ausnahme der Juden (aufgrund der starken Pro-Israel-Haltung der Demokraten) mehrheitlich Reagan wählte. Vom Einkommen her gesehen ergab sich folgendes Bild: in den Schichten mit über 30 000 \$ Jahreseinkommen wurde Reagan zu 2/3 gewählt, von denen unter 10 000 \$ jedoch Mondale mit überwältigender



Mehrheit. Interessant ist dabei, daß in den in der Hälfte der Bundesstaaten gleichzeitig stattfindenden Kongreßwahlen die Mehrheitsverhältnisse eher zugunsten der Demokraten ausfielen. Das zeigt den Widerspruch auf, daß in der großen Perspektive dem Reaganschen Programm keine Alternative gegenübersteht, daß aber in den Einzelproblemen, die auf die einzelnen Bürger und Schichten in den Bundesstaaten und Städten zukommen, wenn sie nämlich ganz konkret von der Sparpolitik getroffen werden, vielfach ein Demokrat gewählt wird, damit dieser die jeweils konkrete Kürzung im Kongreß abwenden möge.

Mangels einer alternativen Perspektive fällt damit den Demokraten innenpolitisch die Rolle eines »Bremsers« zu, der gegen die allgemeine Fahrtrichtung insgesamt nichts einzuwenden hat, dem die Fahrt lediglich zu schnell ist. Damit werden sie immer wieder ein leichtes Opfer der Reaganschen Demagogie, der mit Hilfe seiner Beherrschung der Massenmedien wie z. B. im Fall der MX-Raketen an patriotische Gefühle und allgemeinste Ziele appelliert, vor denen die Demokraten wie Störenfriede wirken und ihm deshalb letztendlich noch zustimmen.

### Das Haushaltsdefizit

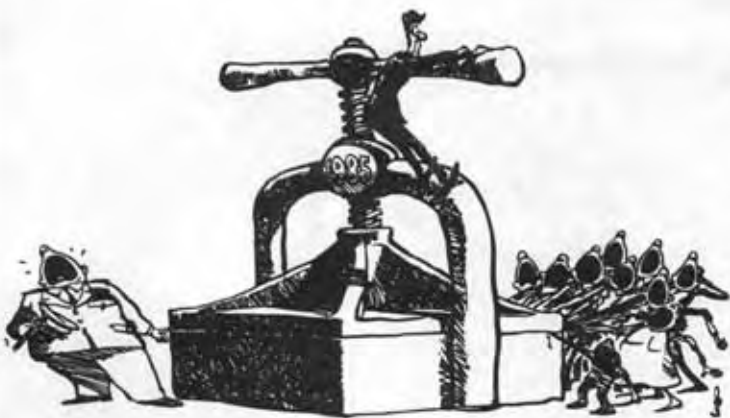
Als Reagan 1980 zum Präsidenten gewählt wurde, betrug das Haushaltsdefizit etwa 60 Mrd. \$. Im abgelaufenen Haushaltsjahr 1984, das am 30. September endete, waren es bereits 175 Mrd. \$, im laufenden Haushaltsjahr 1985 werden es mit Sicherheit an die 210 Mrd. \$ sein. Die Gesamtverschuldung der US-Regierung beträgt über 1,6 Billionen \$. Alleine die Zinszahlungen für diese Schuldenlast betragen dieses Jahr 133 Mrd. \$, das ist umgerechnet mehr als der Gesamthaushalt der BRD! Damit ist der Schuldendienst neben Rüstung und Rentenversicherung der drittgrößte Einzelposten im Haushalt der US-Bundesregierung bei einem Ausgabenvolumen von 968 Mrd. \$ in diesem Jahr.

Dieser rasante Anstieg des Haushaltsdefizits hat zwei Ursachen. Einmal die Reagansche Steuersenkung von 1981 vor allem für Unternehmen, die schneller Investitionen abschreiben, Neuanschaffungen zu 10% von der Steuer absetzen können usw. Das bedeutet natürlich weniger Steuereinnahmen. Zum anderen die von Reagan betriebene Steigerung des Rüstungshaushaltes um rund 100 Mrd. \$ von 1980 bis 1984 auf jetzt knapp 300 Mrd. \$. Beide Maßnahmen zusammen trugen wesentlich mit bei zu dem ab '82 in den USA einsetzenden Wirtschaftswachstum, zum einen dadurch, daß durch die erleichterten Abschreibungsmöglichkeiten die Industrie gewaltige Rationalisierungsinvestitionen zu relativ

günstigen Kosten tätigen konnte, zum anderen durch die enorme Zunahme an Rüstungsaufträgen durch die Regierung. Obwohl Reagan bei den bürgerlichen Wirtschaftstheoretikern als ausgesprochener Feind keynesianischer Wirtschaftspolitik gilt, macht er im Grunde keine andere Politik, nämlich »deficit spending«, d. h. durch Schulden machen versuchen die Wirtschaft anzukurbeln. Daß Reagans Wirtschaftspolitik im bürgerlichen Lager als »angebotsorientiert« (also nichtkeynesianisch) gilt, hängt also lediglich mit dem Sozialabbau und den Steuersenkungen zusammen. Daß diese Aufblähung des Staatshaushaltes und der Staatsschulden nicht inflationär wirkt bis zum jetzigen Zeitpunkt, beruht auf zweierlei: zum einen auf der Bereitschaft des internationalen Kapitals, US-Schatztitel zu kaufen (und damit die amerikanische Aufrüstung mitzufinanzieren), so daß die Regierung nicht auf die Notenpresse zurückgreifen muß; zum anderen auf den durch den hohen Dollarkurs begünstigten Importen, die die zusätzliche Kaufkraft aufsaugten.

Das Haushaltsdefizit wird 1985 auf ca. 6% des Bruttosozialprodukts anwachsen (zum Vergleich: BRD ca. 1,5 bis 2%). Das beunruhigt natürlich viele Politiker und Wirtschaftsfachleute, die sich fragen, wie lange ein solche Politik noch gutgehen kann. Die Regierung Reagan hatte bisher immer darauf vertraut, daß der Wirtschaftsaufschwung das Defizit »von alleine« durch steigende Steuereinnahmen verschwinden lassen würde. Das Gegenteil war bisher der Fall, und mittlerweile ist auch klar, daß selbst bei einem optimistisch angenommenen jährlichen Wachstum von 4—5% das Defizit nicht wesentlich sinken würde. Sollte aber eine Rezession eintreten — viele Anzeichen sprechen zur Zeit dafür, z. B. betrug das Wachstum des Bruttosozialprodukts im 1. Quartal 1985 nur noch 0,7% verglichen mit 8,5% im 1. Halbjahr 1984 —, würde das Defizit noch weit stärker ansteigen als jetzt schon. Damit würde der Kreditbedarf der US-Regierung so groß werden, daß über wieder steigende Zinsen und Kreditknappheit die übrige Wirtschaft kaum noch Wachstumsspielraum hätte.

Deshalb geht im Moment der Streit in den USA um Kürzungen für den Bundeshaushalt für 1986 und die folgenden Jahre. Das Problem ist zunächst einmal, daß ca. 2/3 des Haushalts so gut wie nicht antastbar sind. Das ist einmal der Rüstungshaushalt, dessen Bedarf angesichts der weltweiten Krisenlage eher zunimmt; man darf sich hier von den öffentlichen Debatten im Kongreß nicht täuschen lassen: in den letzten 4 Jahren sind dem Pentagon so viele mehrjährige Waffenprogramme genehmigt worden, daß selbst bei einem »Einfrieren« des Rüstungsetats auf dem Stand von 1985 die



tatsächlichen Ausgaben im Haushaltsjahr immer noch um 6 % steigen würden! Dann die Rentenversicherung, an die Reagan nur ungern heranwill, weil er die Wahlzusage gemacht hat, daß die Renten nicht angetastet werden, was vor allem die weiße Mittelschicht und Facharbeiterschaft — Reagans Wählerschaft — betrifft; und schließlich der Schuldendienst. Bleibt noch 1/3 des Haushaltes mit kleineren Programmen, die jetzt »durchforstet« werden. Da ist das Preissystem für landwirtschaftliche Produkte, das den Farmern Festpreise ähnlich wie in der EG garantiert. Das kostet den Staat z. Zt. ca. 14 Mrd. Dollar, die im Laufe der nächsten 3 Jahre gestrichen werden sollen. Das ruft bereits Forderungen der Bauern nach Schutz vor »unfairen« Subventionen anderer Länder auf den Plan, d. h. auch hier werden mit der EG ähnliche Konflikte entstehen wie im Stahlbereich. Einen Anfang machte am 15. Mai der US-Landwirtschaftsminister, der ein 2-Mrd. \$ Programm zur Unterstützung von Agrarexporten für die nächsten 3 Jahre ankündigte. Die Zielrichtung dieser Exportsubventionen ist ganz klar gegen die EG gerichtet, was ein Sprecher des Ministeriums auch offen aussprach (IHT, 18./19. 5. 1985).



»Wenn es keine Raketen befördert, wozu ist es dann gut?«

Das heißt, über kurz oder lang wird Reagan nicht darum herumkommen, auch das »Herzstück« der Sozialausgaben, die Rentenversicherung, anzugreifen und damit gerade das »weiße Mittelschichtamerika«, das ihn gewählt hat, nachdem in den vergangenen Jahren vor allem Minderheiten wie Schwarze, Arbeitslose, Staatsangestellte von den Kürzungen betroffen waren. Damit wird aber noch einmal ein gutes Stück des sozialen Zusammenhangs zerstört werden, der von den Regierungen seit Roosevelt im Gefolge der Weltwirtschaftskrise geschaffen wurde und der darin bestand, vermittels staatlicher Eingriffe und Zuwendungen an die verschiedensten Bevölkerungsgruppen die Folgen des anarchistischen Konkurrenzkampfes jeder gegen jeden abzumildern. Die Tendenz der Haushaltspolitik läuft letztlich darauf hinaus, überspitzt formuliert, nur noch Rüstung, Schuldentilgung und Gehälter bzw. Renten als Ausgabenposten übrigzulassen. Das muß Anarchie im Innern bedeuten und die Notwendigkeit, eine äußere »Lösung« im Krieg zu suchen.

### Der Dollarkurs

Der hohe Dollarkurs hängt nicht nur mit dem amerikanischen Haushaltsdefizit, sondern auch mit der internationalen Schuldenkrise zusammen. In den letzten Jahren mußte ein Land nach dem anderen seine Zahlungsunfähigkeit erklären und um Stundung bzw. Umschuldung seiner Schuldentilgungen bitten: Polen, Rumänien, Mexiko, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Peru, Bolivien, Philippinen usw. Die 3 größten Schuldner sind Mexiko, Argentinien und Brasilien mit jeweils ca. 80 Mrd. \$ Auslandsschulden. Dies hatte und hat zur Folge, daß diese Länder so gut wie keine neuen Kredite mehr gewährt bekommen, die nicht in irgendeiner Weise dazu dienen, die Zahlungsfähigkeit dieser Länder aufrecht zu erhalten, d. h. daß sie nur noch Kredite bekommen, um alte oder umgeschuldete Kreditlasten bedienen zu können. Andererseits strahlt die Zahlungsunfähigkeit dieser Länder auch allgemein aus, d. h. neue Kredite auch an noch »zahlungsfähige« Länder vor allem der 3. Welt werden nur noch zögernd gewährt.

Damit unterliegen große Teile des Welthandels, also der zwischen den Industrieländern und der 3. Welt, faktisch einer Kreditsperre. Das bedeutet, daß im Gegensatz zu den Boom-Jahren des sich stetig ausweitenden Welthandels, als die jetzt zahlungsunfähigen Länder sowohl ihre Importe wie die Rückzahlung von Krediten mit immer neuen Krediten »finanzieren« konnten, der größte Teil des Warenaustausches wie auch der Schuldentilgung in bar erfolgen muß. Dies wird auch von der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF, von den USA dominiert) gefördert, die den verschuldeten Ländern quasi vorschreibt, Exportüberschüsse zu erzielen, damit sie ihre Importe und Schuldentilgungen finanzieren können. Das führt weltweit zu einem gewaltig steigenden Bedarf von Geld als »Geld«, d. h. als Kauf- und Zahlungsmittel. Da der Dollar praktisch die Weltwährung ist, entsteht also ein gewaltiger Bedarf an Dollars als Zirkulationsmittel, folglich steigt sein Kurs. Um eine Finanzkrise zu vermeiden, zwingen die Industrieländer unter USA-Führung also die Länder der 3. Welt dazu, ihre Importe zu drosseln, womit sie sich andererseits wieder ins eigene Fleisch schneiden, denn damit fallen diese Länder ja als Absatzmärkte für die eigenen Industrieprodukte aus.

### Die hohen Zinsen, vor allem im Dollarraum

Diese hängen mit dem Vorigen zusammen. Wie Marx schon im 3. Band des »Kapital« nachwies, ist es in Zeiten der Krise eine allgemeine Erscheinung, daß bei gleichzeitig zurückgehenden Krediten die Zinsen hoch bleiben quasi als »Risikoprämie« dafür, daß der Schuldner evtl. zahlungsunfähig wird. Hier spielt nicht nur die internationale Schuldenkrise eine Rolle, sondern auch in den USA »hausgemachte« Faktoren, d. h. z. B. spektakuläre Verluste einiger Ölfirmen, die sich damit verspekuliert hatten, daß die hohen Energiepreise vom Ende der 70er Jahre anhalten würden. Daneben auch die Schwierigkeiten solcher Konzerne wie »International Harvester« und »Caterpillar« (Landmaschinen und Traktoren) u. a. Einen weiteren Teil — aber nicht den allein ausschlaggebenden — trägt auch der hohe Kreditbedarf bei, der durch das US-Haushaltsdefizit entsteht.



## Das amerikanische Handels- und Leistungsbilanzdefizit

Die amerikanische Handelsbilanz (also Export im Vergleich zum Import) ging 1984 mit einem Beitrag von 130 Mrd. \$ ins Minus. Die Leistungsbilanz, d. h. die Handelsbilanz plus der Zu- und Abflüsse von Gewinnen aus im Ausland bzw. in den USA angelegtem Kapital, weist 1984 einen Minusbetrag von 100 Mrd. \$ aus. Beides sind historische Rekordbeträge. Überhaupt ist die Tatsache, daß die amerikanische Leistungsbilanz seit 1982 immer mehr ins Minus rutscht, eine völlig neuartige Entwicklung. Sie bedeutet, daß das imperialistische Kernland, dessen Reichtum nicht zuletzt auf Dollarinvestitionen in der ganzen Welt beruht, seit 2 Jahren nicht mehr Dollars exportiert, sondern importiert!

Dieses Defizit ist aber lediglich die Kehrseite der in den vorigen Kapiteln beschriebenen Entwicklungen. Zum einen führt der hohe Dollarkurs zur Verbilligung der Importe und Verteuerung der Exporte, wovon vor allem die westeuropäischen Industrieländer sowie die fernöstlichen wie Japan und Südkorea profitieren. Zum anderen führt die internationale Schuldenkrise in Verbindung mit dem hohen Finanzbedarf des US-Haushaltes und der US-Industrie, die einerseits Kredite für Rationalisierungsinvestitionen braucht, andererseits Kredite nach Reagans Steuersenkung 1982 von der Steuer absetzen sowie Anschaffungen schneller abschreiben kann, zu einem allgemeinen Ansturm der internationalen Kapitalisten auf den als noch sicher geltenden »Hafen« USA, vor allem auf Staatsanleihen. Das Handelsdefizit schafft natürlich einen erheblichen Konkurrenzdruck für die amerikanische Industrie, da viele Importwaren billiger sind als die einheimischen. Das führt zu stärker werdenden Forderungen nach Importbeschränkungen, die jüngste davon ist das Verbot der Stahlröhreneinfuhr; bekannt sind die »freiwilligen« Lieferbeschränkungen der japanischen Autoindustrie, der EG-Stahlindustrie usw. Diese noch weiter zunehmenden Importbeschränkungen laufen darauf hinaus, daß die USA ihr Handelsbilanzdefizit vor allem in die westeuropäischen und fernöstlichen Länder »exportieren« wird, deren Export im Moment von dem hohen Dollarkurs profitiert.

Auch der hohe Kapitalimport in die USA schafft auf die Dauer bestimmte Zwänge. Ginge die jetzige Auslandsverschuldungsrate von ca. 2–3% des Bruttosozialprodukts z. B. bis 1989 in unvermindertem Tempo weiter, so müßten 1989 nur für die Zinszahlungen 20% der Exporterträge der USA aufge-

wendet werden! Das wäre die gleiche Rate wie sie Mexiko oder Brasilien z. B. heute aufweisen.

»Lösungsmöglichkeiten« werden in den USA vor allem in der Reduzierung des Haushaltsdefizits gesehen, über deren Aussichten oben einiges ausgeführt wurde.

## Unsicherheit als Haupttendenz

Was von bürgerlicher Seite an Prognosen über die Weiterentwicklung des Dollarkurses, des Außenhandelsdefizits, der Zinsentwicklung zu hören ist, zeichnet sich vor allem durch äußerste Widersprüchlichkeiten, Unsicherheit, Konfusion und Wunschdenken aus. Das reicht von Prognosen über einen weiteren Anstieg des Dollar auf über 4,- DM bis zu Vorhersagen eines Absackens auf seinen »eigentlichen« Wert von angeblich 2,20 DM. Wie unsicher die Lage ist, zeigt allein die Devisenbörse. Zur Zeit sind Kurssprünge des Dollar um 5 Pfennige an einem Tag rauf und am nächsten Tag runter gang und gäbe. Da reicht schon eine Bemerkung des US-Notenbankpräsidenten Volcker am 10. April, das amerikanische Wirtschaftswachstum habe sich verlangsamt, um den Dollar fallen zu lassen.

Der Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai in Bonn lief im wesentlichen nach demselben Ritual wie die letzten ab. Westeuropäer und Japaner klagten über das hohe amerikanische Haushaltsdefizit, das am hohen Dollar und den hohen Zinsen schuld sei und beschworen die Amerikaner, nicht vom Freihandel abzurücken, die Amerikaner sagten umgekehrt den anderen, ihr Dollar sei nicht etwa hoch, sondern die anderen Währungen seien zu niedrig; außerdem wäre es jetzt an der Zeit, daß sie ihrerseits ihre Wirtschaften ankurbelten, wie das ginge, hätten sie ja vorgemacht.

Entscheidender als diese Gipfeltreffen ist die politische Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Kreise der USA, welche Wirtschafts- und darüber hinaus Bündnispolitik weiter gefahren werden soll.

Da gibt es zunächst die Front derjenigen Vertreter aus Industrie und Landwirtschaft, die sich vor allem im Kongreß mit Vorschlägen nach einer 20%-igen Importabgabe oder nach mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen (wie auf dem Stahl- und Automobilssektor schon praktiziert) melden. Das sind vor allem Vertreter derjenigen Industrien wie z. B. Stahl, die entweder durch billige Importe bedroht werden oder wie die Farmer aufgrund des hohen Dollarkurses Exportschwierigkeiten haben. Als ihren »Hauptfeind« haben sie sich vor-

läufig Japan ausgeguckt, weil das Handelsdefizit mit den Japanern 1984 alleine 37 Milliarden des gesamten Defizits von 123 Milliarden ausmachte. Wie das Einfuhrverbot für Stahlröhren aus der EG im November '84 aber zeigte, ist Japan nur ein Teil des Problems. Diese Fraktion wäre auch an einem niedrigeren Dollarkurs interessiert. Sie spricht bereits mehr oder weniger offen von einem bevorstehenden »Handelskrieg« mit Japan. Danach wäre wahrscheinlich dann die EG an der Reihe. An einem solchen Punkt zeigt sich auch die politische Ohnmacht solcher ökonomischer »Riesen« wie Japan und der BRD. Im Konfliktfalle müßten sie gegenüber den USA den kürzeren ziehen, wenn diese z. B. ihren Inlandsmarkt abschotten würde. Die militärische »Lösung«, die sich diesen Ländern noch vor dem 2. Weltkrieg als selbständigen imperialistischen Mächten anbot, existiert gegenüber den USA nicht. Deshalb sind sie im Zweifel gezwungen, sich den amerikanischen Interessen unterzuordnen. Das zeigt sich jetzt auch in dem Streit um die amerikanischen Pläne zur Militarisierung des Weltraums.

Der eben geschilderten Kapitalfraktion steht der Flügel gegenüber, der zur Zeit vor allem von der Reagan-Regierung vertreten wird, der mehr die globalen Interessen des amerikanischen Kapitals im Auge hat, diejenigen Sektoren des Finanzkapitals also, die erstens international konkurrenzfähig sind und zweitens auch global operieren (die Großbanken beispielsweise). Dieser Flügel sieht vor allem die Gefahren und Risiken eines Handelskrieges und eines niedrigen Dollarkurses für die Interessen der USA.

Eine Folge wäre z. B. ein Rückgang der Finanzierung der amerikanischen Haushaltslücken durch ausländisches Kapital. Aus Japan z. B. gingen 1984 40 Milliarden Dollar vor allem in US-Regierungsanleihen, d. h., daß ein großer Teil des japanischen Profits aus dem US-Handel in die USA zurückgebracht wird. Ein Rückgang dieses Kapitalstroms würde sowohl



die Zinsen in den USA hochtreiben als auch den Griff zur Notenpresse erzwingen, um den Haushalt auszugleichen und die Schulden zu bedienen mit nicht abzusehenden Folgen einer weltweiten Dollarinflation.

Vielleicht noch wichtiger wären die politischen Folgen eines »Handelskrieges«. Wie bekannt, versuchen die USA in letzter Zeit verstärkt, daß Japan aufrüstet und einen größeren Teil der »gemeinsamen Verteidigungslasten« übernimmt. Ein Hebel, den der japanische Ministerpräsident Nakasone benutzt, um größere Militärausgaben bewilligt zu bekommen, sind gerade die enormen wirtschaftlichen Vorteile, die Japan aus dem »Bündnis« mit den USA zieht. Ein Handelskrieg zwischen den USA und Japan würde in Japan innenpolitisch der weiteren Aufrüstung im Sinne der amerikanischen Politik große Schwierigkeiten bringen. Das gleiche gilt übrigens auch für einen möglichen Handelskrieg mit der EG.

*Farmer und Zuschauer erwarten die Zwangsversteigerung einer Farm in Nebraska, eine Szene, die immer häufiger wird, während die Zahl der Familienfarmen kontinuierlich abnimmt.*



# Aus der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung

Im Verlauf der amerikanischen Geschichte haben gewisse grundlegende Faktoren die organisierte Arbeiterbewegung nachhaltig beeinflusst. Die Freiheit und die günstigen Gelegenheiten, die das Leben in den Vereinigten Staaten bot, verhinderten die Entwicklung eines echten Klassenbewußtseins. Der beständige Strom von Einwanderern verursachte einen Überschuß an Arbeitskräften, der bis in die jüngste Zeit hinein eine wirksame Organisation der Arbeiter ungewöhnlich erschwerte. Die Unterschiede in Rasse, Sprache und Religion erwiesen sich bei der Arbeiterschaft in den Industrien für Massenproduktion lange als fast unüberwindliche Hindernisse für eine Zusammenarbeit. Auch war das Unternehmertum den Gewerkschaften gegenüber lange Zeit hindurch sehr feindlich eingestellt, und dies nicht nur wegen des wirtschaftlichen Vorteils, sondern auch auf Grund einer tief verwurzelten Theorie des »Alles-sich-selbst-überlassen«, die trotz monopolistischer Praktiken in der Industrie den Arbeitern das Recht verweigerte, sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen.

Die amerikanische Arbeiterbewegung besaß — wiederum aufgrund der besonderen Lebensumstände in den Vereinigten Staaten — niemals eine zusammenhängende Theorie, die in irgendeiner Weise den in europäischen Ländern anzutreffenden Vorstellungen entsprochen hätte. In den ersten Stadien der industriellen Revolution hegten die amerikanischen Arbeiterführer verschwommene Vorstellungen von der Schaffung kooperativer Gemeinschaften, in denen die Arbeiter schließlich selbst die Produktionsmittel besitzen würden. Mit diesen utopischen Plänen schienen sie eher eine Flucht vor den Schwierigkeiten der Industrialisierung zu suchen als eine Anpassung an ihre harte Wirklichkeit. Die Arbeiter unterstützten solche Pläne selten aus vollem Herzen, glaubten sie doch an die Möglichkeiten, die das amerikanische Leben ihnen selbst und noch mehr ihren Kindern bot. Sie vertrauten grundsätzlich auf den demokratischen Kapitalismus und waren fast ausschließlich damit beschäftigt, ihre wirtschaftliche Lage sowie ihre soziale Stellung innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung zu verbessern.

Zu keiner Zeit ist die amerikanische Arbeiterschaft ernsthaft von den Grundsätzen des marxistischen Sozialismus beeinflusst worden oder nennenswert von ihrer grundsätzlich konservativen Haltung in politischen und wirtschaftlichen Streitfragen abgewichen. Die gelegentlichen Beispiele radikaler Agitation — seien es die Anwendung von Gewalt bei den IWW oder Propaganda und Intrigen bei den Kommunisten — haben lediglich dazu gedient, die Mäßigung zu betonen, welche die von einer überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Arbeiter vertretenen Anschauungen kennzeichnet. Auch der Einfluß gegenwärtiger wirtschaftlicher Entwicklungen hat nicht vermocht, das Vertrauen merklich zu erschüttern, mit dem die Arbeiterschaft unter einem System des freien Unternehmertums in die Zukunft schaut. Die in



jüngster Zeit durchgeführten Abstimmungen unter den Lohnarbeitern zeigen, daß sie noch immer an den industriellen Fortschritt in den Vereinigten Staaten und an den Aufstieg ihrer eigenen Gruppe glauben. Die meisten von ihnen sind sogar davon überzeugt, daß ihre Kinder ein reicheres Leben haben werden, als es ihnen selbst beschieden war.

Aus diesen Gründen erwies sich jeder Versuch, eine Arbeiterpartei zu gründen, als erfolglos. Ohne durch ein bestimmtes Ziel, wie z. B. durch den Sozialismus, geeint zu sein, waren die Arbeiter des Landes — historisch gesehen — in ihren politischen Bindungen ebenso sehr verschieden wie die Glieder einer jeden anderen Gruppe innerhalb der amerikanischen Gesellschaft.

aus: Dulles, Die Arbeiterbewegung in den USA  
Paderborn/Zürich 1956

Was für einen Handelskrieg mit Importsperrn, Exportsubventionen usw. gesagt wird, gilt im gleichen Maße für einen niedrigeren Dollar. Auch hier ist ein unauflösbares Dilemma. Sollte der Dollar erheblich sinken, würde sich das internationale Kapital neue Anlagemöglichkeiten suchen, z. B. Gold. Der amerikanische Kreditbedarf bliebe aber erstmal gleich, außerdem müßten auch die enormen Zinsen und Schuldentilgungen ans Ausland vermehrt aus eigenen Quellen (evtl. sogar aus der Notenpresse, wie oben schon bemerkt) bedient werden. Dies zum einen. Zum anderen ist die Zunahme des Welthandels im Jahre 1984 fast ausschließlich auf den vermehrten Import in die USA zurückzuführen. Die Exporterkorde der BRD in die USA gehören hier dazu. Das wäre mit einem niedrigeren Dollarkurs erstmal vorbei. Deshalb fürchten z. B. BRD-Wirtschaftspolitiker einen niedrigeren Dollar mindestens genauso stark wie sie ihn sich wegen niedrigerer Zinsen andererseits erhoffen. Auch die Bundesregierung profitiert direkt vom hohen Dollarkurs: der an Bonn abgeführte Bundesbankgewinn von 13 Mrd DM für 1984, der auf Zinsge-

winnen aus Dollarguthaben beruht, hilft ihr bei der Abdeckung des eigenen Haushalts, dessen Lücke ohne diese Summe höher als 1980 wäre (vgl. »Welt« vom 12. 4. 85).

So gibt es die widersprüchlichsten Interessenkonstellationen: Einmal die US-Regierung, die innenpolitisch den »Freihandel« verteidigt und damit interessengleich ist mit den Japanern und Westeuropäern; gleichzeitig stützt sie den Dollarkurs und die hohen Zinsen durch das Haushaltsdefizit, womit sie zumindest teilweise in Konflikt mit den Westeuropäern kommt; umgekehrt sind die innenpolitischen Verfechter eines Handelsprotektionismus in den USA sowohl schärfste Gegner japanischer und westeuropäischer Handelsinteressen wie über ihr Interesse an niedrigen Zinsen und einem niedrigeren Dollar teilweise ihre »Bündnispartner« usw.

Angesichts dieser verworrenen Interessen und Widersprüche, wo jeder gegen jeden und in sich selbst noch zerstritten ist, eine Prognose über die kurzfristige Entwicklung geben zu wollen, wäre die reinste Spekulation. Diese unklare Lage wird — das scheint wenigstens sicher — noch eine ganze Weile an-

dauern, weil die Widersprüche nämlich gar nicht »intern«, d. h. innerhalb der kapitalistischen Welt zu lösen sind. Aber je länger diese Widersprüche existieren und je mehr sie sich vertiefen werden, desto größer wird der Zwang für den Führer dieses Lagers — die USA —, eine gewaltsame Lösung nach außen zu suchen.

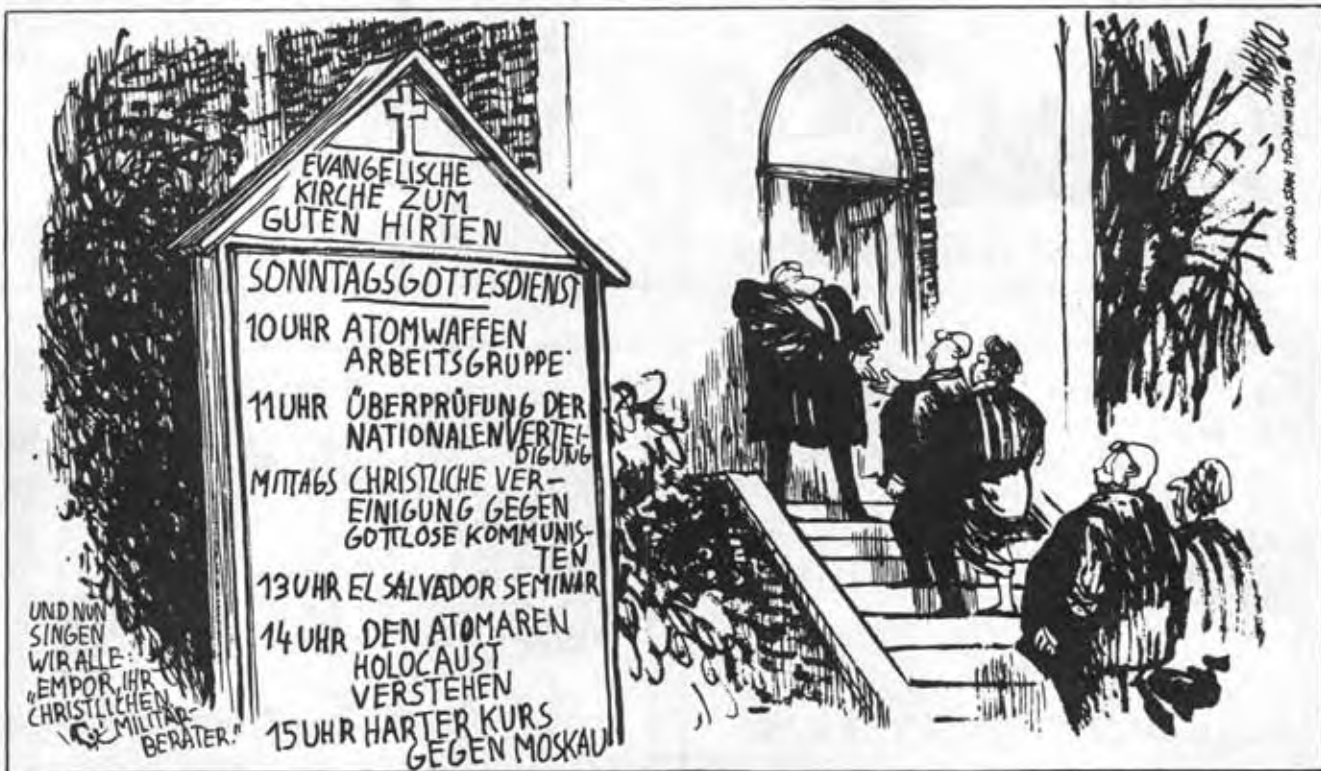
### Innenpolitische Perspektive: Rechts im Aufwind

Daß Reagan bzw. das Reagansche Programm im Innern auf absehbare Zeit ernsthaften Widerstand entgegengesetzt bekommen, ist nicht abzusehen. Dafür sind die Widerstandsformen noch zu zersplittert und politisch unentwickelt. Widerstand ist zum Teil in den Kirchen zu finden, an Punkten wie dem zunehmenden Elend in den Städten, der Nicaragua-Politik oder der Rüstungsfrage. Widerstand entwickelt sich auch unter den ethnischen Minderheiten wie z. B. den Hispaniern oder den Schwarzen. Interessanterweise kristallisiert sich die Außenpolitik der USA gegenüber dem Apartheidsregime in Südafrika als ein wichtiger Protestpunkt vor allem an den Universitäten in jüngster Zeit heraus. Aber von einem umfassenden Sich-Wehren der Arbeiterschaft gegen die Politik des Kapitals ist nichts zu sehen, schon gar nicht von der Diskussion einer sozialistischen Perspektive.

Demgegenüber marschiert die Rechte, scheinbar ungehindert und unaufhaltsam. Einer ihrer Führer ist der Fernsehpastor Jerry Falwell, Begründer der »Moral Majority« (»Moralische Mehrheit«), der von Lynchburg in Virginia aus seine antikommunistischen patriotischen Predigten (»Millionen gottesfürchtiger Amerikaner haben sich erhoben, um diese Nation zurück zu ihren Wurzeln, zurück zu ihren moralischen Werten zu bringen.« »Die Zeit«, 3. 5. 85) übers Fernsehen an ein regelmäßiges Publikum von mittlerweile 25 Millionen Amerikanern bringt. Hinter Falwell steht inzwischen eine finanzkräftige Organisation, die mit Postwurfsendungen, Spendenaufrufen, Radio- und Fernsehsendungen den konservativen Kreuzzug generalstabsmäßig organisiert. Interessanter Aspekt ist dabei die bedingungslose Nutzung der neuen Technologien für ihre Propagandazwecke, sei es das Fernsehen oder die Auswertung von Listen möglicher Sympathisanten für computerisierte Spendenaufrufe. Hier hinein paßt dann auch, daß das »Krieg der Sterne«-Programm Reagans als »gottgefällig« gepriesen wird, denn damit könnten die USA »ihre technische Überlegenheit dazu verwenden, unsere militärische Strategie mit den christlichen Auffassungen zur Kampfbereitschaft in Einklang zu bringen« (»Die Zeit«, 3. 5. 85). Wem hier der Widerspruch ins Auge fällt, daß einerseits in



»fundamentalistischer« Weise die Schöpfungslehre der Bibel als naturwissenschaftliche Erkenntnis angesehen und ande-



rerseits die modernsten technologischen Errungenschaften als »Gotteswerkzeug« gepriesen werden, der sei nur an die ausgemachte Dummlichkeit der nationalsozialistischen »Blut und Boden« sowie Rassenideologie erinnert, die nicht daran hinderte, daß ihr Millionen von Deklassierung betroffener »gebildeter« Mittelschichtsangehöriger folgten. Was sich hier nämlich sammelt, ist ein Großteil der weißen, religiösen Mittelschicht, die ihre Stellung in der Gesellschaft bedroht sieht. Sie kehrt in ihren Vorstellungen zurück zu dem alten amerikanischen Leitbild der »Kirchengemeinde«, in der sie die Folgen der Vereinzelung, Konkurrenz und Deklassierung auf der Basis einer reaktionären Gemeinschaftsideologie zu vermeiden hofft. Mit dem Unterschied, daß der Pfarrer nicht in der Kirche, sondern im Fernsehen predigt.

Während sich um die »Moral Majority« die weiße Mittelschicht sammelt, ihre Vertreter in Reagans Regierungsmannschaft sitzen und auf dem Republikanischen Parteikongreß das Eröffnungsgebet sprechen, sammelt sich in enger Verbindung zu ihr das Großkapital in seinen eigenen Zirkeln. Einer dieser Zirkel z. B. ist die »Heritage Foundation« (»Erbschafts-Stiftung«), in die (nach »konkret« 5,85) ein Fünftel der 500 größten Konzerne Spenden einzahlen, darunter Coca Cola, IBM, Ford, Firestone und General Motors. Ihr Programm entspricht in vielen Zügen dem, was von Reagan in den letzten Jahren und zur Zeit umgesetzt wird, also die Zerstörung des sozialen Netzes, Steuersenkung für Unternehmen, Abbau jeglicher Umweltauflagen für die Industrie, Aufrüstung, Kampf gegen den »Kommunismus« an allen Fronten usw.. Unterstützer dieser Stiftung finden sich im Kongreß und der Regierung zuhauf, einer der bekanntesten ist der selbst von der bürgerlichen Presse als »ultrakonservativ« eingestufte ehemalige Senator von North-Carolina, Jesse Helms, mittlerweile Justizminister. Die gemeinsame Klammer, mit der diese Sammelbewegungen des Großkapitals auf der einen Seite, der weißen Mittelschichten auf der anderen Seite zusammengehalten werden, ist der religiöse Patriotismus, — weshalb Reagan auch immer Gott im Munde führt.

Eine Aktivität dieser großkapitalistischen Organisationen besteht in jüngster Zeit darin, die Reagansche Politik, wo sie

am Kongreß scheitert, mit eigenen finanziellen Mitteln umzusetzen, »private Politik« sozusagen. Ein Beispiel ist Nicaragua. Die Dollarmillionen, die der Kongreß zur Finanzierung der Kontras verweigert, werden umgehend von Gruppen wie der »Antikommunistischen Weltliga« oder dem »US-Rat für Weltfreiheit« zusammengesammelt. Die ehemalige UN-Botschafterin Reagans, Jeane Kirkpatrick, Mitglied der Demokratischen Partei (!), stramm antikommunistisch, hat sich jetzt an die Spitze eines Aufrufs der »Washington Times« gesetzt, die der Moon-Sekte gehört, um die 14 Millionen Dollar einzutreiben, die der Kongreß jüngst Reagan zur Unterstützung der Kontras verweigert hat. Auf diese Art und Weise wird dem Kongreß demonstriert, wer wirklich das Geld und das Sagen im Lande hat.

Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang verdienen u. a. auch die Konzentrationsbestrebungen im Mediensektor. Die großen amerikanischen Fernsehgesellschaften sind schon lange das erklärte Angriffsziel der »konservativen Revolution«, da sie noch als liberaler Hort gelten. Gegenwärtig versucht der Besitzer einer Kabelfernsehstation aus Atlanta in Georgia, Ted Turner, ein aggressiver, extrem rechter Unternehmervertreter, mit Unterstützung aus verschiedensten Finanzkreisen CBS aufzukaufen, eine der drei nationalen Fernsehgesellschaften. Trotz der Tatsache, daß die Finanzkraft Turners vielleicht ein Hundertstel der notwendigen Kapitalsumme beträgt, die zur Übernahme erforderlich ist, gilt sein Angebot als ernstzunehmen dank der Bereitschaft großkapitalistischer Kreise, ihm das nötige »Kleingeld« vorzuschießen.

Die sich immer deutlicher abzeichnende Formierung eines Großteils der amerikanischen Gesellschaft auf einen deutlich aggressiveren innen- wie außenpolitischen Kurs stellt eine äußerst bedrohliche politische Entwicklung dar. Die Gegenkräfte in den USA, diese Entwicklung aufzuhalten oder gar umzukehren, sind gegenwärtig noch zu schwach. Stärker werden können sie nur, wenn — wie während des Vietnam-Krieges — die USA in ihren außenpolitischen Aktionen auf entschlossenen Widerstand trifft. Das weist auch den klassenbewußten Kräften in der Bundesrepublik eine Aufgabe zu. (abgeschlossen Ende Mai)

